

# FreiRaum

Für eine Welt ohne Atom- und Uranwaffen  
Für die friedliche Nutzung des Weltraums

Nr. 4 / Dezember 2016  
15. Jahrgang



Das Graffiti Mutlanger Realschüler „Frieden schaffen“ am Bunker des ehemaligen Atomwaffenlagers wurde übersprüht: Symbol für die Brüchigkeit des INF-Vertrag, der den Abzug der Pershing II-Raketen festschrieb [Foto: wikipedia, dealerofsalvation]

## Die Vernichtung der Pershing II feiern oder das Ende des INF-Vertrags befürchten?

**Im kommenden Jahr wird der INF-Vertrag, durch den Mutlangen atomwaffenfrei wurde, 30 Jahre alt. Wir wollen das feiern. Doch in unsere Überlegungen wie, mischt sich die Feststellung, dass dieser Vertrag in Gefahr ist.**

Im letzten Sommer sind wir aus der russischen Botschaft mit der Erkenntnis herausgekommen, dass das feindseliger werdende Klima zwischen Russland und den USA auch den INF-Vertrag in Gefahr bringt. Die Unterzeichnung des INF-Vertrag war das sichtbare Zeichen, dass der Kalte Krieg zu Ende geht. Mit dem INF-Vertrag war das Ziel der Kampagne „Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung“ erreicht. Dieses Abrüstungsabkommen ist deshalb so wichtig, weil erstmals eine Atomwaffengattung vollständig abgerüstet wurde und weil es die Waffen beseitigte, die Europa zum atomaren Schlachtfeld gemacht hätten, wenn die gegenseitige Abschreckung versagt hätte. Wenn wir nicht aufpassen, setzen sich in Russland oder den USA Kräfte durch, die diesen Vertrag aufkündigen wollen.

Schon seit einigen Jahren hörte man immer wieder auf beiden Seiten Stimmen, die den Vertrag kritisierten. Denn er bindet nur Russland und die USA, andere Staaten können nukleare Mittelstreckenwaffen bauen: China, Indien, Nordkorea und Pakistan.

### AUSBAUEN STATT AUFGEBEN

Als Alternative zur Vertragskündigung wurde eine Multilateralisierung des Vertrags ins diplomatische Spiel gebracht, aber nie ernsthaft verfolgt.

Jetzt ist von gegenseitigen Vorwürfen der Vertragsverletzung zu hören. In den deutschen Medien wurden sie erstmals durch einen Artikel in der Zeit Nr. 45 vom 27.10.16 öffentlich gemacht. Der Autor Matthias Naß hat eine Reihe vertraulicher Gespräche geführt und kommt zu dem Schluss: „Der Vertrag könnte schon bald null und nichtig sein.“

### BELASTENDE BESCHULDIGUNGEN

Der Streit sei im Jahr 2011 eskaliert. US-Nachrichten Dienste sagten, die Russen würden einen neuen landgestützten Marschflugkörper mit einer Reichweite von mehr als 500 Kilometern testen. Der INF-Vertrag aber verbietet Reichweiten zwischen 500 und 5.500 Kilometern für bodengestützte Atomwaffen. Gespräche auf Regierungsebene liefen an. Die russische Seite vermisste dabei die Konkretisierung der Vorwürfe. Aber sie entdeckte auch auf der US-amerikanischen Seite vertragsgefährdende Entwicklungen.

Die Zeit schreibt: „Konkret geht es um das Abwehrsystem Aegis Ashore. Mit dessen Abschussvorrichtung MK-41, behaupten die Russen →

## IN DIESEM HEFT

**Rückblicke und Ausblicke**  
Zum Jahreswechsel ziehen wir verschiedene Bilanzen:

**Mutlangen** ..... Seiten 1-2  
Den INF Vertrag würdigen

**Syrien**..... Seiten 3-4  
Alternativen zur Gewalt entwickeln



## IM BLICK

**Internationaler Gerichtshof:**  
Atomwaffenstaaten nicht verurteilt. **UNO:** Atomwaffenverbot wird verhandelt



**Büchel**..... Seiten 5-8  
Aktionspräsenz 2017 wird geplant

**Mayors for Peace** ..... Seite 9  
Das Potential nutzen

**Impressum** ..... Seite 10

**Rücksendeabschnitt** Seite 11-12



**Liebe Friedensfreundinnen und – freunde**

**damit Sie den „FreiRaum“ und „Im Blick“ aus Ihrem Briefkasten nehmen können, haben viele Menschen daran gearbeitet.** Die Namen der Autoren oder unseres Zeichners **Peter Musil** kennen Sie, denn diese stehen bei den Artikeln. Doch es gehören auch viele dazu, deren Namen nicht auftauchen. Diesen Menschen möchte ich herzlich danken. Es ist dies allen voran **Lotte Rodi**, die gerade Ihren 85. Geburtstag gefeiert hat. Herzlichen Glückwunsch auch an dieser Stelle! Sie muss nun gesundheitlich kürzer treten. Bei der Adressverwaltung und beim Korrekturlesen erhält Lotte inzwischen Unterstützung durch **Kevser Arslan** und **Angelika Wagner**. Um unsere Finanzen kümmern sich **Barbara Krottschak**, **Volker Nick** und **Paul Späh**. Wenn unser Grafiker **Michael Heidinger** die Druckdatei fertig hat, werden **Uwe Höger**, **Hans-Günter Staschik** und **Bernd Kübler** beim UWS-Druck aktiv. Beim Einlegen der Beilagen und beim Bündeln helfen regelmäßig **Regina Schweizer**, **Gudrun Jäger** und **Erwin Blach**. **Euch allen: Herzlichsten Dank!**

So ist das auch in der Pressehütte. Dass dort alles funktioniert sind die Vorstände auch auf tatkräftige handwerkliche Hilfe angewiesen. Einer davon, der im Garten und im Haus immer ehrenamtlich mitbaute und reparierte, der immer zuverlässig und gewissenhaft für uns da war, war **Peter Schmaus**. Unser Vorstandsmitglied Christa, seine Frau, musste sich völlig unerwartet von ihm verabschieden. Er ist nach einem Routineeingriff im Krankenhaus gestorben. Wir teilen mit Christa die Trauer um den schweren Verlust. **Wir werden Peter mit seiner liebevollen, bescheidenen Art sehr vermissen.**

Der Kreislauf des Lebens geht weiter. Unser Grafiker Michael Heidinger durfte neues Leben begrüßen. Über den Jahreswechsel geht er in Elternzeit. Wir wünschen seiner inzwischen fünfköpfigen Familie alles Gute.

**Ich wünsche Ihnen allen eine gesegnete Weihnachtszeit und ein gutes neues Jahr**

*Wolfgang Schlupp-Hauck*

**Wolfgang Schlupp-Hauck [wsh]**



Russland fühlt sich durch Installationen der US-Raketenabwehr in Osteuropa in seiner Sicherheit bedroht. Hier eine Radarstation in Rumänien. In den dort stationieren Ägeais Ashor sieht Russland einen möglichen Vertragsverstoß. Foto: US Missile Defense Agency

→ und manche westlichen Experten teilen diese Einschätzung – könnten die Amerikaner auch bodengestützte Cruise-Missiles abfeuern.“ Die US-Amerikaner weisen die russischen Vorwürfe kategorisch zurück.

Im Juli 2014 schreibt Barack Obama einen Brief an Wladimir Putin. Washington, betont er, wolle das Problem auf diplomatischem Weg lösen und eine neuerliche Aufrüstungsspirale vermeiden.“ Bisher kam es zu keiner Annäherung.

**RECHTFERTIGUNG FÜR AUFRÜSTUNGSPLÄNE**

Die ersten Senatoren und Kongressabgeordneten fordern bereits militärische Gegenmaßnahmen. In einer Anhörung vor dem Repräsentantenhaus vor einem Jahr ordnete Brian McKeon, aus dem US-Verteidigungsministerium die „Verletzung des INF-Vertrages“ in das „allgemeine aggressive und kriegerische Verhalten“ Russlands ein. Die USA würden darauf gemeinsam mit den Nato-Verbündeten umfassend militärisch reagieren. McKeon zählt auf: Drohnen, neue Langstreckenbomber und neue Raketen. Im Übrigen werde Amerika sein "strategisches und nicht strategisches" nukleares Potenzial modernisieren.

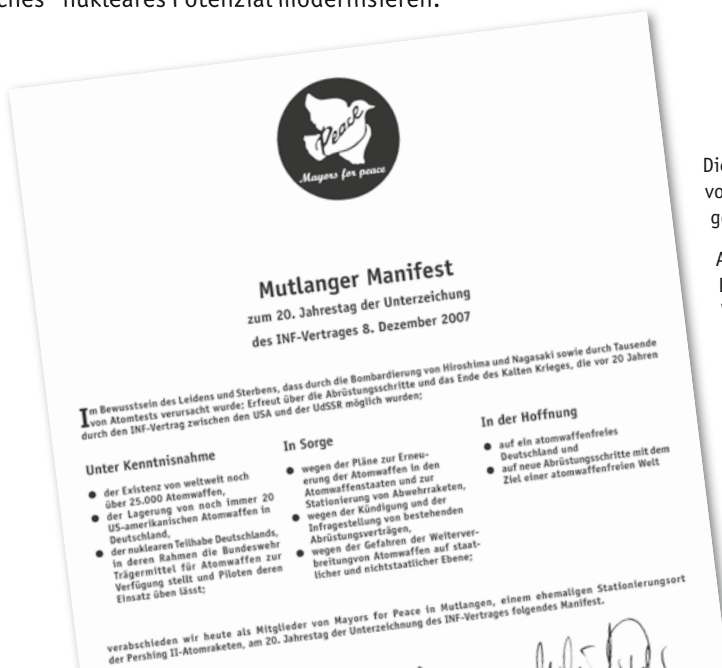
**DEUTSCHLAND UNTER DRUCK**

Mattias Naß hat herausgefunden, dass es seit anderthalb Jahren einen intensiven Informationsaustausch zwischen Washington und Berlin gibt. Fragt man aber in der Bundesregierung nach, so berichtet er, dann werden alle Gesprächspartner sehr einsilbig. Schwieriges Thema, heißt es. Vage wird angedeutet, für so eindeutig halte man die Hinweise der Amerikaner nicht.

Immerhin, Außenminister Frank-Walter Steinmeier sagt auf Fragen der ZEIT: „Wir müssen höflich aufpassen, dass wir in dieser schwierigen, auch aufgeheizten Lage nicht all das kaputt machen, was wir am Ende des Kalten Krieges an Abrüstungsschritten für Europa vereinbart haben. Dazu gehört auch der INF-Vertrag.“

Jetzt werden die USA einen neuen Präsidenten bekommen. Wie der mit den Fragen der Atomwaffen und der nuklearen Abrüstung umgeht ist unkalkulierbar. [WSH]

Der vollständige Artikel ist zu finden unter: [www.zeit.de/2016/45/abruestungsvertrag-usa-russland-atomraketen-streit](http://www.zeit.de/2016/45/abruestungsvertrag-usa-russland-atomraketen-streit)

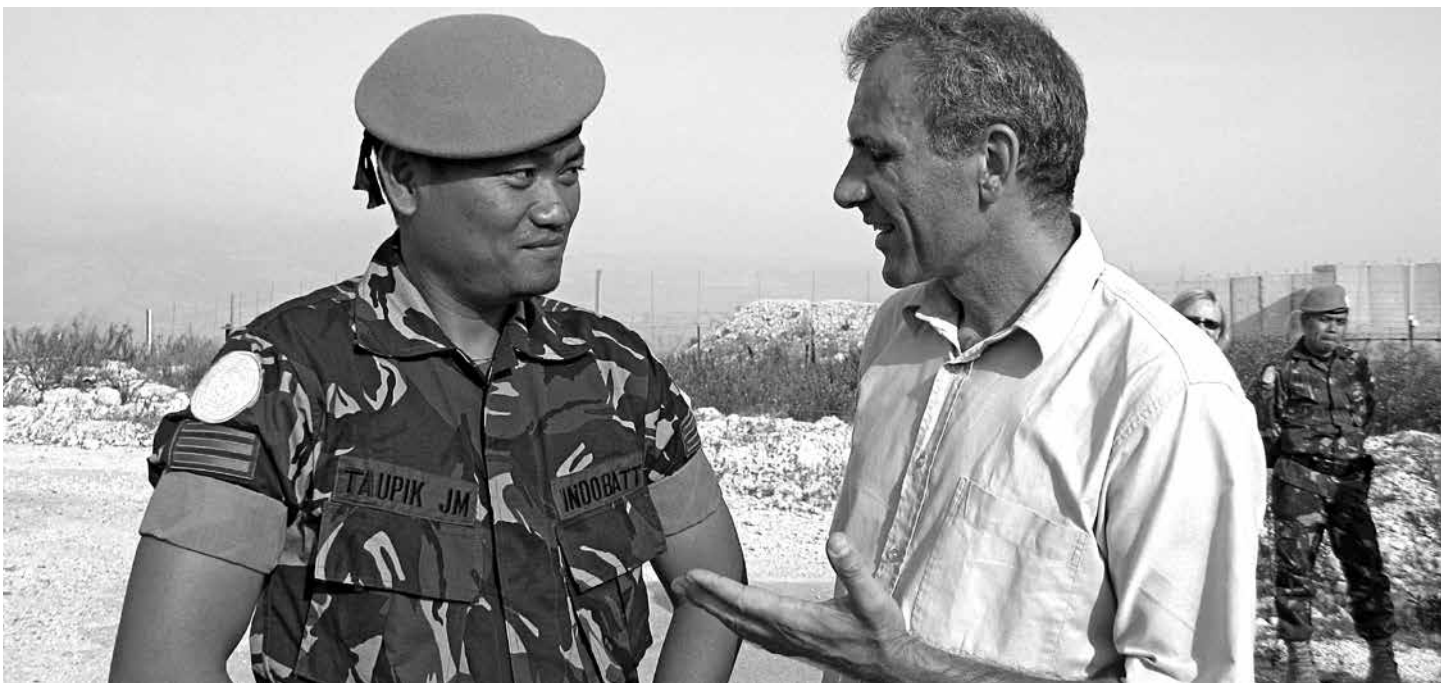


Die Sorgen, die das Mutlanger Manifest vor 10 Jahren ausdrückte sind größer geworden.

An den Hoffnungen halten wir fest. Der Beschluss für Verhandlungen zum Verbotsvertrag sind ein aktueller Anlass.

Wir wollen zum 30. Jahrestag im Dezember 2017 erneut Bilanz ziehen.

Das vollständige Manifest finden Sie im Archiv auf unserer Homepage.



Clemens Ronnefeldt im Gespräch mit einem UN-Kommandeur im syrisch,-libanesisch-israelischen Grenzgebiet

## Friedenskonferenz statt Waffenlieferungen und Bundeswehrosoldaten

**Zum Ende der Friedensdekade hatte die Friedenswerkstatt Mutlangen am Buß- und Betttag ins Kloster der Franziskanerinnen eingeladen. Der Diplom-Theologe Clemens Ronnefeldt, Friedensreferent des Internationalen Versöhnungsbundes analysierte die Kriegsursachen in Syrien und zeigte Alternativen zur Gewalt auf.**

Uwe Glund, Vorstandsmitglied der Friedenswerkstatt, stellte an das vollbesetzte Auditorium die Frage: „Was haben wir Deutsche mit den Kriegen weltweit zu tun? - Deutschland ist drittgrößter Waffenexporteur der Welt, und unter der Regierung die wir gewählt haben, werden Waffen auch in Spannungsgebiete geliefert und Bundeswehrosoldaten zur Durchsetzung unserer Interessen ins Ausland geschickt.“ Wegen seiner Ölvorkommen sei der Nahe und Mittlere Osten von höchstem wirtschaftlichem Interesse.

Ronnefeldt, der seit 1990 Friedens- und Menschenrechtsgruppen in Irak, Iran, Syrien, Libanon, Israel, Palästina, Jordanien, Türkei und Ägypten besucht hat, schlug einen historischen Bogen der Region bis zum aktuellen Krieg in Syrien.

Im Jahre 1959 vereinigten sich Ägypten und Syrien zu einer gemeinsamen "Vereinigten Arabischen Republik", bis bereits zwei Jahre später Syrien die Dominanz des ägyptischen Präsidenten Nasser beendete und den Staatenbund wieder verließ. Mit dem Machtantritt nach einem Putsch 1970 von Hafiz al-Assad, der im Jahre 2000 starb, begann die bis heute andauernde Herrschaft der Familie Assad. Weil diese zur Minderheit der Alawiten - einer Abspaltung der schiitischen Glaubensrichtung - zählt, achteten Vater und Sohn Assad strikt darauf, das Land säkular zu verwalten und

bekämpften stark die sunnitische Muslimbruderschaft. 1982 richtete Hafiz al-Assad in Hama ein Massaker in der Hochburg der Muslimbrüder an, dessen Folgen bis heute im aktuellen Krieg seit 2011 nachwirken.

### KÄMPFER AUS 40 STAATEN

Clemens Ronnefeldt machte deutlich, dass zu Beginn des Jahres 2011 nach anfänglich gewaltfreien Protesten für mehr Demokratie die Protestbewegung sehr bald von ausländischen Kräften massiv militarisiert wurde. Stiftungen und Millionäre aus Katar und Saudi-Arabien bezahlten bald tausende von Kämpfern aus rund 40 verschiedenen Staaten, darunter auch mehrere hundert Deutsche, die auf Seiten der Rebellen sich im Krieg mit Regierungsgruppen befinden. Unterstützt würden diese von der Türkei und einigen westlichen Staaten, die mit Bashar al-Assad den wichtigsten Verbündeten Irans stürzen wollten, um damit die Regierung in Teheran zu schwächen. Diese wiederum unterstützt die schiitische Hizbollah im Libanon, wobei Syrien die Waffen aus Iran in den Libanon passieren lässt, um dadurch Druck auf Israel auszuüben, die die völkerrechtlich zu Syrien gehörenden, aber von Israel annektierten Golanhöhen zurück zu fordern.

### KONKURRENZ UM ERDGAS

Russland unterhält im syrischen Tartus den einzigen Mittelmeerhafen, der von russischen Kriegsschiffen angelaufen werden kann - und unterstützt daher die Assad-Regierung. Da Katar und Saudi-Arabien eine Erdgasleitung durch Syrien legen wollten, die dem russischem Gas Konkurrenz in Europa hätte machen können, versuchten entsprechend Katar, Saudi-Arabien und die

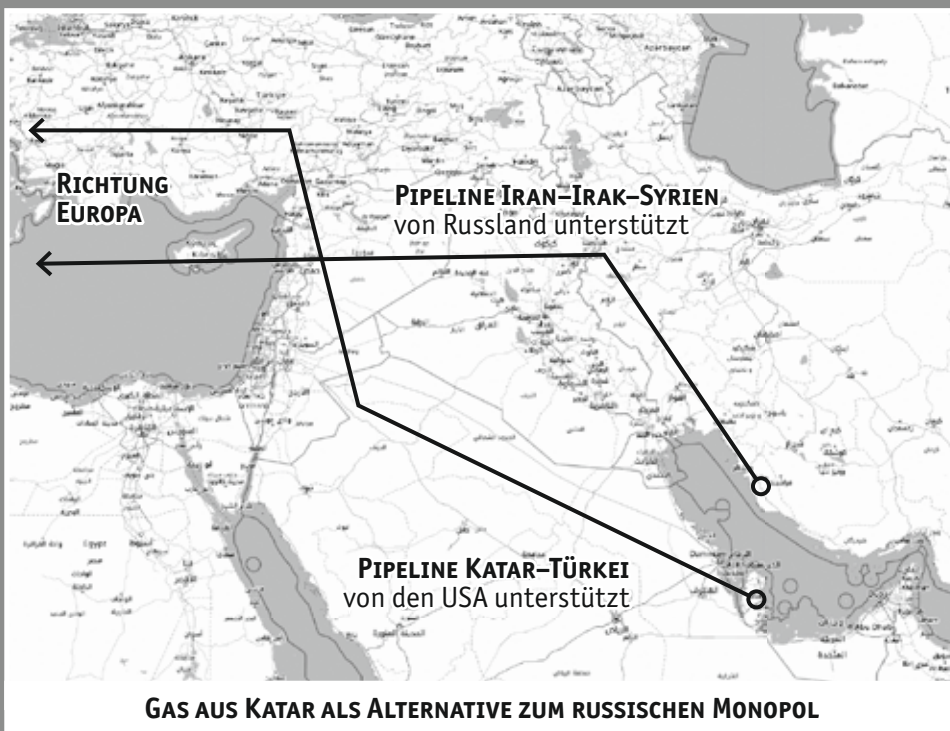
Türkei, unterstützt von westlichen Staaten, die syrische Regierung zu stürzen, nachdem Pipeline-Verhandlungen kurz vor Ausbruch der Gewalt 2011 gescheitert waren.

"Inzwischen ist eine Pattsituation eingetreten, bei der weite Teile des Landes von Rebellen und nur noch ein Teil des Landes im Westen von der Regierung kontrolliert werden", erläuterte der Referent - und ergänzte: „In diesem flächenmäßig kleineren Teil lebt allerdings immer noch rund 60 Prozent und damit eine knappe Mehrheit der gesamten syrischen Bevölkerung.

### DEN KREISLAUF DER GEWALT DURCHBRECHEN

Clemens Ronnefeldt plädiert für eine weitere Friedenskonferenz in der Schweiz. Am Beginn einer Deeskalation müsste die Unterbrechung des Nachschubs von Waffen und Kämpfern für beide Seiten stehen, sowie ein Waffenstillstand. UN-Blauhelme könnten dann diesen überwachen und entmilitarisierte Gebiete entstehen lassen. In diesen Zonen könnten internationale Hilfsorganisationen Flüchtlinge und Verwundete versorgen. "Notwendig sind auch nationale Dialogforen, um ein Auseinanderfallen des Staates zu verhindern", so der Referent, der sich für ein striktes Rüstungsexportverbot in die Spannungsregion Naher und Mittlerer Osten aussprach.

Im Jahre 2011 moderierte der Referent zusammen mit anderen in der evangelischen Akademie Bad Boll eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen und Mittleren Osten mit 27 Teilnehmenden aus Israel, Palästina, Türkei, Syrien, Iran, Irak, Jordanien und Kuwait die länderübergreifende Arbeitsgruppen zu Themen →



**GAS AUS KATAR ALS ALTERNATIVE ZUM RUSSISCHEN MONOPOL**

2009 schlug Katar vor, eine Pipeline zu bauen, die Erdgas durch Saudiarabien, Jordanien und Syrien in die Türkei und nach Europa bringen sollte (siehe Karte). Es galt, hohe Produktions- und Verschiffungskosten zu senken und katarisches Gas auf dem europäischen Markt konkurrenzfähiger zu machen. Die westlichen Industrieländer unterstützen dieses Projekt mit der Absicht, Russlands Position im Energiesektor zu schwächen und die europäische Abhängigkeit von russischem Gas zu vermindern. Russland versuchte, dies zu verhindern. Moskau machte sich stark für ein Konkurrenzprojekt, welches eine Pipeline vorsah, in der iranisches Gas durch den Irak und Syrien nach Latakia und weiter nach Europa gepumpt werden sollte. Die Russen sahen in einem Deal mit Iran und ihrem engen Verbündeten Syrien offensichtlich grössere Chancen für Einfluss auf die Preise, aber auch für die Vermarktung von Vorkommen am Kaspischen Meer und in Zentralasien.  
Helmut Scheben auf dem Schweizer Nachrichtenportal Infosperber / Karte: OpenStreetMap

→ wie Friedenserziehung, interreligiöser Dialog, Wasser und Energie sowie eine Massenvernichtungswaffenfreie Zone gebildet hätten. „Eine solche Konferenz auf Regierungsebene ist seit vielen Jahren überfällig - dass sie grundsätzlich möglich ist, haben wir auf der Nichtregierungsebene bereits gezeigt“, sagte Clemens Ronnefeldt.



Kinder, die in zerbombten Städten aufwachsen müssen, gibt es nicht nur in Syrien. Vom türkischen Militär wurde die kurdische Hochburg Cizre in der Osttürkei zerstört. [Foto: C. Ronnefeldt]

### GOLBAL DENKEN – LOKAL HANDELN

In der Diskussion drehten sich viele Fragen um das Thema Klimawandel, Klimaflüchtlinge und eine Änderung des westlichen Lebensstils, der derzeit nicht nachhaltig ist und weitere internationale Konflikte anheizt. Clemens Ronnefeldt plädierte für eine zügige Energiewende dank erneuerbarer Energien. Der Referent trat ein für eine Kampagne, die Investitionen aus der fossilen Energiewirtschaft entzieht. Er empfahl allen Anwesenden, nur noch Strom von Anbietern zu beziehen, die 100 Ökostrom anbieten, dies komme nicht nur der Umwelt zugute, sondern sei auch ein Baustein für den Frieden. [vb]

## Macht Frieden! Keine Mandatsverlängerung

Anlässlich der Abstimmung zur Verlängerung des Mandates für den Bundeswehreinsetzung in Syrien am 10. November kam der SPD-Bundestagsabgeordnete und parlamentarische Staatssekretär Christian Lange zu einem Gespräch in die Pressehütte.

„Durch kriegerische Mittel hat der Terrorismus, der seit 2001 bekämpft wird, noch zugenommen. Es konnte bislang keine Stabilität in den umkämpften Gebieten hergestellt werden“, so die Initiatorin des Gesprächs, Silvia Bopp. Die Friedensorganisation möchte sich daher im Rahmen der Kampagne „Macht Frieden. Keine Mandatsverlängerung für Syrien“ für stärkere Impulse zur zivilen Konfliktbearbeitung in Syrien einsetzen und fordert ein NEIN bei der Abstimmung.

### KONTROVERSE DISKUSSION IN DER PRESSEHÜTTE

Christian Lange dagegen forderte mehr Engagement und organisierten Protest von Seiten der Friedensorganisationen. „Es ist ein Skandal, dass es keinen Aufschrei gibt hinsichtlich der katastrophalen Situation in Syrien, insbesondere für die Zivilbevölkerung“. Er betonte, dass das übergreifende Ziel für Syrien eine Friedenslösung und die dauerhafte politische sowie wirtschaftliche Stabilisierung der gesamten Region sein müsse, sowie der geschlossene Kampf gegen die Bedrohung durch den IS. „Diesem Einsatz stimme ich zu.“, so Lange und ergänzte: „Deutschland ist Teil einer dringend notwendigen internationalen Koalition“.



Nach dem Gespräch im Pressehüttengarten [Foto: Nele Hinderer]

Der Schwerpunkt der nationalen Strategie sei laut Lange neben der Diplomatie die humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit.

Paul Späh kritisierte die Vermengung von Militäreinsatz und humanitärer Hilfe: „Es müsste möglich sein, dass eine Abstimmung für den Einsatz ziviler Mittel unabhängig dem für militärische Mittel erfolgen kann“.

### BUNDESTAG VERLÄNGERT DAS MANDAT

Mit den Stimmen der Regierungskoalition hat der Bundestag die Fortsetzung des Bundeswehreinsetzes beschlossen: 445 Abgeordnete stimmten dafür, 139 dagegen. Bis zu 1.200 Soldaten werden eingesetzt. Die einsatzbedingten Zusatzausgaben der Bundeswehr betragen 134 Mio. Euro.

**Unter Verwendung der Pressemitteilung von Silvia Bopp (Pressehütte) und Nele Hinderer (SPD-Wahlkreisbüro).**

## Ächtung von Atomwaffen: UN-Mehrheit forciert Verhandlungen über Verbotsvertrag

In einer historischen Abstimmung haben sich Ende Oktober zwei Drittel der internationalen Staatengemeinschaft für Verhandlungen über ein Atomwaffenverbot in 2017 ausgesprochen.



Die Bombe an die Kette legen: Was in einer Kunstaktion des World Future Council vor dem Bundestag Fiktion ist, kann bei der UNO schon bald realistischer Verhandlungsgegenstand werden [Foto: WFC]

### WENDE IN DER ABRÜSTUNGSDIPLOMATIE

Eine große Mehrheit von atomwaffenfreien Staaten, vor allem aus dem Globalen Süden, setzte die von Österreich initiierte Resolution „General and complete disarmament: Taking forward multilateral nuclear disarmament negotiations“ (L.41) gegen den Widerstand und den politischen Druck der Atomwaffenstaaten durch. Insgesamt stimmten 123 Staaten für die Resolution und 38 Staaten dagegen, es gab außerdem 16 Enthaltungen.

Die ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates und offiziellen Atomkräfte sowie ihre Alliierten stimmten unter Führung der USA und Russland wie erwartet annähernd geschlossen gegen die Resolution. Einzig China wählte den moderaten Weg der Enthaltung, zusammen mit den inoffiziellen Atomkräften Indien und Pakistan.

Umso bedeutsamer und zukunftsweisender ist deshalb aber das Abstimmungsergebnis. Die Durchsetzung abrüstungspolitischer multilateraler Schritte – zur Not auch gegen den Widerstand der Atomwaffenstaaten und ohne ihre Beteiligung – markiert eine grundlegende Wende in den internationalen Abrüstungsbemühungen: Die atomwaffenfreie Mehrheit der internationalen Gemeinschaft, die Atomwaffen als letzte nichtverbotene Massenvernichtungswaffen endlich auch ächten will, hat die sonst den Ton angehenden und abrüstungsunwilligen Atomwaffenstaaten überstimmt und sich ihrem Druck widersetzt.

Einige wenige europäische Länder – Österreich, Schweden, Irland, Malta und Zypern – stimmten für die Resolution; die Schweiz, Niederlande und Finnland enthielten sich.

Die Mehrheit der europäischen Staaten jedoch – insbesondere diejenigen, die als Teil des NATO-Sicherheitsbündnisses auf nukleare Abschreckung setzen – votierte dagegen.

So auch die deutsche Regierung, deren Haltung noch bis kurz vor der Abstimmung unentschieden war. Sie beugte sich letztlich dem NATO-Druck und blieb bei ihrer Position aus der Genfer Offenen Arbeitsgruppe im August dieses Jahres. →



Abstimmung im 1. Komitee der UN-Vollversammlung

Foto: Xanthe Hall

### AUCH DAS EUROPAPARLAMENT FORDERT VERBOT VON ATOMWAFFEN

Gleichzeitig hatte das Europäische Parlament am Nachmittag des Abstimmungstages mit großer Mehrheit Verbotsverhandlungen explizit befürwortet und in einer Resolution alle EU-Mitgliedstaaten dazu aufgerufen, dafür zu stimmen und sich konstruktiv an Verhandlungen zu beteiligen. Bemerkenswerterweise stimmten dabei vor allem auch die europäischen Abgeordneten der meisten konservativen und Mitte-Rechts-Parteien für die Resolution und damit in vielen Fällen gegen die Position ihrer nationalen Regierungen.

Auch die EuroparlementarierInnen der beiden deutschen Regierungsparteien CDU und SPD stimmten für Verbotsverhandlungen, was die kompromisslose und wenig visionäre Haltung der Bundesregierung zu einer umso größeren Enttäuschung macht.

### DRUCK AUF NATO-VERBÜNDETE

Vor der Abstimmung ließen die Atomwaffenstaaten nichts unversucht, andere Staaten unter Druck zu setzen. Einem NATO-internen Papier, das ICAN im Vorfeld der Abstimmung zugespielt wurde, war zu entnehmen, dass die USA es ihren Verbündeten regelrecht verbieten wollten, für die Resolution zu stimmen oder auch sich zu enthalten. Sie werden aufgefordert, an der beschlossenen Verhandlungskonferenz, die im März 2017 beginnen soll, nicht teilzunehmen. Denn ein Atomwaffenverbot würde die Zusammenarbeit in der NATO angeblich in zentralen Punkten so empfindlich stören, dass die USA den „nuklearen Schutzschirm“ nicht mehr aufrechterhalten könnten<sup>1</sup>. Diese inoffiziell geäußerte Befürchtung steht im deutlichen Widerspruch zu der Behauptung, ein internationaler Verbotvertrag ohne die Atomwaffenstaaten wäre bedeutungs- und wirkungslos.

1 – Das Papier ist auf der internationalen ICAN-Website einsehbar: [www.icanw.org/campaign-news/us-pressures-nato-states-to-vote-no-to-the-ban-treaty/](http://www.icanw.org/campaign-news/us-pressures-nato-states-to-vote-no-to-the-ban-treaty/)

### DEUTSCHLAND AM SCHEIDEWEG

In der Zukunft wird sich die deutsche und europäische Diskussion also um die NATO-Atomwaffenpolitik drehen müssen. Die Bundesregierung hat bislang argumentiert, wegen der Mitgliedschaft in der NATO seien ihr die Hände gebunden; diesen Druck spiegelt auch das zuvor genannte NATO-interne Papier wider. Damit gibt es für die Bundesregierung nur zwei mögliche Wege zum Verbotvertrag: Entweder tritt sie aus der NATO aus oder sie versucht mit Hilfe anderer gleichgesinnter Staaten wie der Niederlande, die Nuklearpolitik der NATO zu verändern und die nukleare Teilhabe endgültig zu beenden.

Die Enthaltung der Niederlande bei der UN-Abstimmung, deren Parlament sich dezidiert für ein Atomwaffenverbot ausgesprochen hat, ist hier ein wichtiges Signal und ein richtiger Schritt: Auch in Deutschland sollte die öffentliche und parlamentarische Ablehnung von Atomwaffen und Befürwortung eines Atomwaffenverbots die Bundesregierung zu einer Umkehr in puncto Atomwaffenverbot und NATO-Nuklearpolitik zwingen. Die Bundesregierung könnte stattdessen eine konstruktive Rolle bei den Verhandlungen spielen.

### TRUMP UND DAS NUKLEARE TABU

Nur knapp zwei Wochen später wurde Donald Trump ab Januar 2017 für vier Jahre zum „Commander in Chief“ über mehrere Tausende Atomwaffen gewählt. Trump hatte während des Wahlkampfes auch mit Äußerungen zum Thema Atomwaffen schockiert: Seinen außenpolitischen Berater soll er angeblich mehrfach gefragt haben, warum die USA Atomwaffen nicht einsetzen könnten, wenn sie sie doch besäßen. Weder scheint er sich an das nukleare Tabu gebunden zu fühlen noch den Atomwaffensperrvertrag als „Eckpfeiler der internationalen Sicherheit“ anzuerkennen. Im Gegenteil: Er will, dass die US-Verbündeten Südkorea und Japan über eigene Atomwaffen verfügen – ein

klarer Fall der völkerrechtlich verbotenen Weiterverbreitung. Eine völkerrechtliche Ächtung von Atomwaffen ist ein wichtiger Bestandteil des internationalen Widerstands, den es gegen diese bedrohlichen Perspektiven zu leisten gilt.

### VERBOTSVERHANDLUNGEN ALS ERFOLG DER HUMANITÄREN INITIATIVE

Die unter der Bezeichnung L.41 bekannt gewordene Resolution war bereits zwei Wochen zuvor von einer interregionalen Gruppe von Staaten in den Ersten Ausschuss zu Abrüstungs- und Fragen der internationalen Sicherheit der UN-Generalversammlung in New York eingebracht worden. Hierbei waren vor allem Österreich, Mexiko, Südafrika, Irland und Brasilien die treibenden Kräfte. Diese Gruppe der sogenannten Co-Sponsoren der Resolution war dann bis zum Tag der Abstimmung – auch mit Hilfe der Lobbyarbeit von ICAN – auf 57 Staaten angewachsen.

Die Resolution ist der Erfolg der vor drei Jahren angestoßenen Humanitären Initiative, die anstrebt, Atomwaffen angesichts ihrer inakzeptablen humanitären Konsequenzen und damit verbundenen Risiken zu stigmatisieren, zu verbieten und zu eliminieren.

Die Argumente für und gegen einen Verbotvertrag wurden bereits lange vorher ausgetauscht. Auf der Fürseite stehen die empirischen Untersuchungen der drei Staatenkonferenzen zu den humanitären Folgen von Atomwaffen. Hier bildete sich der Konsens heraus, dass diese – wie andere Waffen mit inhumanen Folgen – völkerrechtlich verboten werden müssten. Auf der Gegenseite wurde argumentiert – nicht zuletzt durch Interventionen von Deutschland und anderer mit Atomwaffenstaaten verbündeten Länder –, dass ein Verbotvertrag ohne die Atomwaffenstaaten nichts bringen würde, und darüber hinaus eher eine Ablenkung vom „Schritt-für-Schritt“-Ansatz darstellen würde. Eventuell könne ein solcher Vertrag dem bestehenden Atomwaffensperrvertrag schaden. Diese beiden Argumente bleiben – im Gegensatz zum humanitären Argument – unbelegt.

Die endgültige Abstimmung der Resolution in der UN-Vollversammlung findet im Dezember 2016 statt. Die UN-Resolution sieht zwei Verhandlungsperioden vom 27. bis 31. März und vom 15. Juni bis 7. Juli 2017 vor. Die Atomwaffenstaaten werden die Mehrheit wohl nicht mehr einschüchtern können.

**[Linda Schneider, Xanthe Hall]**

Linda Schneider, Berlin, ist Vorstandsmitglied der deutschen Sektion der „International Campaign to Abolish Nuclear Weapons“ (ICAN) und Xanthe Hall, Berlin, Abrüstungsexpertin der IPPNW. Für den Im Blick erweiterten die beiden Autorinnen den Beitrag „UN-Mehrheit für Verhandlungen über Atomwaffen-Verbot in 2017“, von Linda Schneider, der auf den Seiten der Heinrich-Böll-Stiftung erschienen ist.

## Noch nicht

**Eine knappe Mehrheit der Richter des Internationalen Gerichtshofs verhindert mit formalen Argumenten eine inhaltliche Prüfung der Klage der Marshallinseln gegen die Atomwaffenstaaten.**

Der Inselstaat hatte gegen alle neun Atomwaffenstaaten geklagt. Nach 48 Jahren sind die Atomwaffenstaaten der 1968 bei Abschluss des Atomwaffensperrvertrages eingegangenen Verpflichtung, einen Abrüstungsvertrag mit dem Ziel der völligen Abschaffung aller Atomwaffen zu verhandeln, immer noch nicht nachgekommen.

Aus der im letzten Jahr erhobenen Klage schieden zunächst die Staaten aus, die sich nicht der Rechtsprechung des Internationalen Gerichtshofes (IGH) unterwerfen. Übrig blieben Großbritannien und Pakistan. Doch mit der Frage, ob die Atommächte gegen ihre Pflicht zur Verhandlung eines nuklearen Abrüstungsvertrags verstoßen, wird sich der Gerichtshof auch gegen diese beiden Staaten nicht befassen.

Der IGH in Den Haag, das Hauptrechtsprechungsorgan der Vereinten Nationen, verkündete am 5.10.2016 die seit Langem erwartete Entscheidung über die Zulässigkeit der Klage der Marshallinseln. Mit einem denkbar knappen Abstimmungsergebnis von acht zu acht Richterstimmen, bei dem die Stimme des Präsidenten den Ausschlag gab, hielt der Gerichtshof den von Großbritannien erhobenen Einwand für zutreffend, die von den Marshall Islands erhobene Klage sei unzulässig.

### DER VORGERICHTLICHEN DISPUT FEHLT DEM GERICHT

Die Verletzung der Verpflichtung aus Artikel VI des Atomwaffensperrvertrags, mit dem ernsthaften Willen zur Einigung über eine vollständige nukleare Abrüstung zu verhandeln, habe zum Zeitpunkt der Klageerhebung zwischen den Parteien nicht in ausreichendem Maße im Streit gestanden. Die Atommächte hätten mangels eines konkreten vorgerichtlichen Disputs nicht mit der Klage rechnen müssen. Mit neun zu sieben Richterstimmen entschied der Gerichtshof daraufhin, wegen der fehlenden Sachurteilsvoraussetzung könne er sich mit der materiellen Begründetheit der Klage nicht mehr befassen.

Die Marshall Islands, die von ihrem ehemaligen Außenminister Tony de Brum und einem Team erfahrener Völkerrechtsexperten vertreten wurden, hatten vorgetragen, die Marshall Islands hätten den von ihnen erhobenen Vorwurf in verschiedenen internationalen Konferenzen gegenüber den Atommächten unmissverständlich deutlich gemacht und letztere hätten ihn dabei stets zurückgewiesen. Dies reichte der Mehrheit der Richter nicht aus. Sie forderten, dass dies auch bei bilateralen Kontakten zwischen den Staaten geschehe.

*Unter Verwendung einer Pressemitteilung der IALANA – Deutsche Sektion der International Association Of Lawyers Against Nuclear Arms*



Der IGH verkündet seine Entscheidung

Foto: Frank van Beek/ICJ- CIJUN

## Das Ringen um nukleare Abrüstung geht weiter

**Die Regierung der Marshallinseln und die Nichtregierungsorganisationen müssen nun die Entscheidung des IGH sorgfältig analysieren. Dabei wird vor allem eine Rolle spielen, welche Anforderungen des IGH an das vor-prozessuale Agieren eines Klägers stellt. Nach Erfüllung dieser Voraussetzungen hätten die Marshall Inseln die Möglichkeit, das Klageverfahren erneut mit dem gleichen Ziel wieder einzuleiten.**

### RECHTLICHE MÖGLICHKEITEN: ERNEUTE KLAGE ODER ERNEUTES RECHTSGUTACHTEN

In der Begründung zur Ablehnung der Klage hat der IGH die Verpflichtung zur die vollständige Abrüstung der Atomwaffen hervorgehoben, auf die er bereits in seinem Rechtsgutachten von 1997 verwiesen hat. Das weist darauf hin, dass eine solche Klage, wenn die formalen Hürden genommen sind, zum gewünschten Ergebnis führen könnte.

Statt erneut zu klagen, könnte auch über die UN Vollversammlung ein weiteres Rechtsgutachten angestrebt werden. Dieses würde dann alle Atomwaffenstaaten betreffen.

### DIPLOMATISCHE SCHRITTE: VERBOTSVERTRAG UND ATOMWAFFENSPIERRVERTRAG.

Im März 2017 startet voraussichtlich bei der UNO in New York die erste Verhandlungsrunde über einen Verbotsvertrag von Atomwaffen. Es ist zu erwarten, dass die

Atomwaffenstaaten daran nicht teilnehmen. Im Mai 2017 beginnt in Wien der nächste Überprüfungszyklus des Atomwaffensperrvertrages. Er bietet, die Möglichkeit an die Atomwaffenstaaten heran zu treten, da diese dort anwesend sind. Ihr Fehlen beim Verhandlungsbeginn muss dort kritisiert und ihre Mitwirkung eingefordert werden.

### FRIEDENSBEWEGUNG: DIREKTE AKTIONEN VERBINDEN MIT WAHLKAMPF UND DIPLOMATIE

Im September 2017 wird der neue Bundestag gewählt. Die deutsche Regierung hat bisher weder die Klage der Marshallinseln, noch den Verhandlungsbeginn für einen Verbotsvertrag unterstützt. Die US-Atomwaffen sind noch immer in Büchel. Die geplante technische Aufrüstung steht in völligem Widerspruch zur Abrüstungsverpflichtung. **Global Denken und lokal handeln heißt: Büchel ist überall: Wenn wir vor dem Atomwaffenstandort in der Eifel Mahnwache halten. Wenn wir dort blockieren. Wenn die Mayors for Peace Flagge zeigen. Wenn wir uns in den Bundestag einmischen. Wenn wir zur UNO gehen. Damit die nukleare Abrüstung vorankommt, ist es wichtig, dass wir auf allen Ebenen für unsere Ziele eintreten:**

- Stopp der nuklearen Abrüstung in Deutschland
- Abzug der Atomwaffen aus Büchel
- Verbot der Atomwaffen

[Wolfgang Schlupp-Hauk]



In Büchel lagern noch immer Atomwaffen [Foto: Pressehütte]

**BÜCHEL IST ÜBERALL!**

**atomwaffenfrei.**

**jetzt**

## Aktionspräsenz 2017 20 Bomben - 20 Wochen

### EINLADUNG: MITPLANEN - MITMACHEN

Zu einer bundesweiten Konferenz am **4. Februar in Köln** sind alle eingeladen, die die Aktionen im kommenden Jahr mitplanen und mit ihren eigenen kreativen Ideen anreichern wollen. Weitere Informationen: [www.atomwaffenfrei.de](http://www.atomwaffenfrei.de)

Die Kampagne „Büchel ist überall. Atomwaffenfrei.jetzt“ verstärkt bis zur Bundestagswahl im September 2017 den Druck auf die zögerliche Politik in Berlin; motiviert von den tollen Umfragewerten bezüglich unserer Forderungen (Stopp der nuklearen Aufrüstung in Deutschland, Abzug der Atomwaffen aus Büchel und Verbot der Atomwaffen) und den guten Erfahrungen der letztjährigen Aktionspräsenz in Büchel. Im kommenden Jahr wird es Verhandlungen für einen Verbotsvertrag von Atomwaffen geben. Sie sind vom 27. bis 31. März sowie 15. Juni bis 7. Juli in New York geplant. Wer auch immer diese Daten festgelegt hat, sie spielen unserer Kampagne gleich doppelt in die Hände.

### AKTIONSBEGINN IN BÜCHEL VERHANDLUNGSBEGINN IN NEW YORK

Am Vorabend des Verhandlungsbeginns an der UNO beginnt in Büchel die Aktionspräsenz 2017. Am 26. März erinnern wir an den 7. Jahrestag des Bundestagsbeschlusses zum Abzug von Atomwaffen. Die 20-wöchige Aktionspräsenz geht an diesem Tag mit einem leicht veränderten Konzept in eine neue Runde. Zu diesem Tag werden auch etliche Bundes- und Landtagsabgeordnete, Mayors for Peace Stadt- und Gemeinderäte in Büchel erwartet. Ebenso soll an diesem Tag die Petition „Atomwaffen-Stationierung

in Deutschland beenden“, eine Initiative bayrischer Friedensgruppen, die von der Kampagne unterstützt wird, mit mehreren Tausend Unterschriften an die Abgeordneten des Bundestages übergeben werden. Die detaillierten Planungen für Mahnwache am Fliegerhorst, Demonstration und Informationsveranstaltung laufen derzeit an. Wolfgang Schlupp-Hauck, Redakteur des FreiRaums und Im Blick ist federführend verantwortlich.

Die Betreuung und Begleitung der Gruppen insbesondere durch Marion Küpker während der Aktionspräsenz wird ausgeweitet und räumlich näher an den Fliegerhorst herangeführt werden. Schon jetzt haben sich Organisationen für mehrere Tage angekündigt. Die Nachahmung ist herzlichst empfohlen. [www.buechel-atombombenfrei.de](http://www.buechel-atombombenfrei.de)

### DEZENTRALER AKTIONSTAG IN VIELEN ORTEN

Fortsetzung der Verhandlungen in New York Zum Abschluss der New Yorker Verhandlungen werden wir den schon bestens eingeführten Flaggentag der Mayors for Peace am bzw. um den 8. Juli 2017 im Rahmen der Kampagne noch stärker unterstützen und als dezentralen Aktionstag öffentlich bekannter machen. Bereits jetzt haben über 200 BürgermeisterInnen für den Frieden eine Fahne für das Ziel einer atomwaffenfreien Welt.

### FASTENKAMPAGNE

Am Ende der Aktionspräsenz steht wieder die sich steigernde Fastenkampagne vom 30. Juli bis 9. August.

### UNTERSCHRIFTEN

#### AN DIE NEUE BUNDESREGIERUNG

Die Unterschriftenliste „Taten statt leere Worte! Abzug statt Aufrüstung der Atomwaffen“, für die wir bereits offline und online Tausende Personen zur Unterstützung gefunden haben, wird vielen Zeitschriften (hoffentlich) nicht nur der Friedensbewegung beigelegt, um so für eine möglichst große Verbreitung zu sorgen. Zusätzlich wird sie bei Schwerpunktaktionen der Friedensbewegung wie bei den Ostermärschen aktiv beworben. Die Unterschriften werden bis kurz vor der Bundestagswahl gesammelt und anschließend im Rahmen der Koalitionsverhandlungen übergeben.

**Roland Blach, Kampagnenkoordinator**  
[blach@dfg-vk.de](mailto:blach@dfg-vk.de)



Pressehütte



»Im Blick« ist eine Beilage des Magazins »FreiRaum – Für eine Welt ohne Atom- und Uranwaffen. Für die friedliche Nutzung des Weltraums«, herausgegeben von der Pressehütte Mutlangen. Diese Ausgabe wird auch den Magazinen VERSÖHNUNG ([www.versoehnungsbund.de](http://www.versoehnungsbund.de)) und SPINNRAD ([www.versoehnungsbund.at](http://www.versoehnungsbund.at)) beigelegt.

#### Redaktion

Wolfgang Schlupp-Hauck

Den vollständigen FreiRaum finden Sie auf der Homepage [www.pressehuette.de](http://www.pressehuette.de) oder bestellen Sie die gedruckte Ausgabe bei:

#### Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen e.V.

Forststraße 3, 73557 Mutlangen, Telefon 0 71 71 - 7 56 61

#### Spendenkonto

Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.  
Kreissparkasse Ostalb, BLZ 614 500 50, Konto: 800 268 499  
IBAN: DE60 6145 0050 0800 2684 99, BIC: OASPD66AXXX  
Stichwort: »Im Blick«. Bitte vollst. Adresse angeben!



Oberbürgermeister Markurth, Stadt Braunschweig (stehend) und Bürgermeister Hermann, Landeshauptstadt Hannover (links davon sitzend) begrüßten die anwesenden Bürgermeister, Städtevertreter und Gäste aus der Friedensbewegung

Foto: MFP, Braunschweig

## BEIM TREFFEN DER MAYORS FOR PEACE IN BRAUNSCHWEIG

# Der Verbotsvertrag in der Kontroverse

**Der Hauptpunkt des Treffens war die Diskussion um die offene Arbeitsgruppe für nukleare Abrüstung OEWG, die der UN Vollversammlung empfohlen hat, den Beginn von Verhandlungen für einen Verbotsvertrag zu beschließen.**

Christoph Hallier war aus Berlin als Vertreter des Auswärtigen Amtes gekommen. Er erklärte, dass die Bundesregierung von Beginn an begrüßt habe, „dass das Thema der katastrophalen humanitären Auswirkungen von Kernwaffeneinsätzen seit der NVV-Überprüfungskonferenz 2010 mit drei internationalen Konferenzen und Resolutionen im 1. Ausschuss der UN-Generalversammlung fest auf der Abrüstungsagenda verankert wurde.“ Als Ergebnis hat die UN-Generalversammlung 2015 die „Open Ended Working Group“ (OEWG) eingesetzt.

### DIE BUNDESREGIERUNG BEGRÜSST DEN PROZESS

Die Bundesregierung habe sich aktiv an der Arbeit der OEWG beteiligt, um dort die unterschiedlichsten Optionen zu diskutieren, um die multilateralen Abrüstungsverhandlungen voranzubringen. „Die Bundesregierung hat im Rahmen der OEWG immer wieder versucht, für eine ausgewogenere Diskussion zu werben, bei der auch der von uns verfolgte schrittweise Ansatz in der nuklearen Abrüstung besser berücksichtigt wird.“

Doch in der abschließenden Abstimmung stimmte sie mit „Nein“. Hallier begründete dies damit, dass die „Verbots“-Option einseitig favorisiert wurde und erklärte: „Ein Nuklearwaffenverbot ist nicht vereinbar mit

unseren Verpflichtungen aus der nuklearen Teilhabe der NATO. Wie die NATO beim Warschauer Gipfel erneut bekräftigt hat, ist die Grundlage von Abschreckung und Verteidigung eine Mischung aus nuklearen, konventionellen und Raketenabwehrfähigkeiten.“

### DIE BUNDESREGIERUNG LEHNT DAS ERGEBNIS AB

Er qualifizierte die Idee eines Verbotsvertrages als unrealistisch ab und warb für den schrittweisen Ansatz. Er räumte ein: „Auch wir sind unzufrieden über mangelnde Fortschritte bei der nuklearen Abrüstung im-Rahmen des nuklearen Nichtverbreitungsvertrages. Hier gilt es anzusetzen und zu überlegen, wie wir das System der Überprüfungskonferenzen ergebnisorientierter organisieren können.“

Zum Abschluss stellte er fest: „Wir teilen das langfristige Ziel einer Welt ohne Nuklearwaffen. Eine Abkürzung, bspw. über ein unverzügliches Verbot von Nuklearwaffen, gibt es nach unserem Dafürhalten aber nicht.“

### DIE FRIEDENSBEWEGUNG SIEHT EINE GROSSE CHANCE

Aus der Sicht von ICAN, der (International Campaign to Abolish Nuclear Weapons) nahm im Anschluss daran Julia Berghofer Stellung. Berghofer bewertete die Entwicklung völlig anders. Der Verhandlungsbeginn sei ein logischer nächster Schritt“ in einer Kette von Initiativen im Bereich humanitäre Abrüstung, „aus ICAN-Perspektive: Durchbruch in den festgefahrenen

Abrüstungsverhandlungen. Dies sei möglich geworden da die OEWG nach den Regeln der UN Vollversammlung mit Mehrheit entscheide und nicht im Konsensverfahren wie die Überprüfungskonferenz zum Nichtverbreitungsvertrag.

In der OEWG sei der Fokus bald auf dem Verbotsvertrag gelegen, da die Teilnahme der Nuklearwaffenstaaten nicht notwendig für ein wirksames Verbot sei. Dabei gehe es wie beim Verbotprozess von Streumunition und Landminen um die Reputation, um die moralisch-ethische Verpflichtung.

Das Abstimmungsergebnis wertete sie einerseits als sehr positiv, weil eine Zweidrittelmehrheit für die Empfehlung stimmte. Andererseits sei sehr negativ, dass die Verteilung der Länder sehr unausgewogen sei. Insbesondere die europäischen Staaten seien in „Abwehrhaltung“ gegangen

Sie appellierte an die Bundesregierung, eine Vermittlerrolle einzunehmen, um die Lücke zwischen den Atomwaffenstaaten und den Nichtatomwaffenstaaten zu schließen. Sie warnte vor: „einem engen Schulterchluss der Atomwächte und NATO-Staaten, um den Verbotprozess zu blockieren bzw. zu unterminieren.“ Wichtig ist es dabei den Verbotprozess als ein Instrument auf dem Weg zur Abschaffung der Atomwaffen zu begreifen und nicht als Endzustand.“

*Redigierter Auszug aus dem Protokoll von Evelyn Kamissek, Hannover. Das vollständige Protokoll kann in der Pressehütte angefordert werden.*

# Wir brauchen Eure Unterstützung: Werbt Abgeordnete, Bürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte



## Impressum

FreiRaum.

Für eine Welt ohne  
Atom- und Uranwaffen.  
Für die friedliche Nutzung  
des Weltraums.

Erscheint vierteljährlich

**Auflage:** 1000

**Herausgeber**  
Pressehütte Mutlangen  
Friedens- und Begegnungsstätte  
Mutlangen e.V.  
Forststraße 3  
73557 Mutlangen  
Tel./Fax 0 71 71 - 75 66 1  
www.pressehuette.de  
post@pressehuette.de

**Einzelheft:** Euro 3.-€ plus Porto

**Jahresabonnement:** Euro 12.-€

Für Mitglieder der Friedens- und  
Begegnungsstätte Mutlangen e.V. und  
der Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.  
ist der Bezug im Mitglieds-  
beitrag enthalten.

**Bankverbindungen**  
nur für Abo-Gebühren:  
Friedens- und Begegnungsstätte –  
FreiRaum  
Raiffeisenbank Mutlangen  
DE90 6136 1975 0055 6280 10

**für steuerabzugsfähige Spenden:**  
Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.  
KreisSparkasse Ostalb  
IBAN: DE60 6145 0050 0800 2684 99  
Stichwort: Spende FreiRaum  
Bitte vollständige Adresse angeben!

**Redaktion**  
V.i.S.d.P  
Wolfgang Schlupp-Hauck (wsh)  
Tel. 0 71 71 - 18 20 58  
e-Mail: redaktion@pressehuette.de

Namentlich gekennzeichnete  
Beiträge geben nicht unbedingt  
die Meinung der Redaktion wieder.

**Satz und Layout**  
Michael Heidinger Graphic Design  
www.michael-heidinger.com

**Druck**  
UWS-Druck und Papier GmbH  
70184 Stuttgart,  
Telefon (07 11) 46 30 05  
mail@uws-druck.de

## 20 BOMBEN 20 WOCHE

**Auftakt der Aktionspräsenz am 26.3.2017 am  
Vortrag des Verhandlungsbeginns zum Atom-  
waffenverbot**

### AUF NACH BÜCHEL!

Am 26. März 2017 beginnt im nächsten Jahr die Aktionspräsenz in Büchel. Am Tag darauf sollen in New York die Verhandlungen über ein Atomwaffenverbot beginnen. Die Entscheidung der Open Ended Working Group wurde von Hiroshimas Bürgermeister Matsui begrüßt. Er hat alle Mitgliedsorte von Mayors for Peace, vor allem in Staaten welche in nuklearer Abschreckung verhaftet sind, aufgerufen, die politischen Entscheidungsträger zu drängen, sich an den Verhandlungen zu beteiligen.

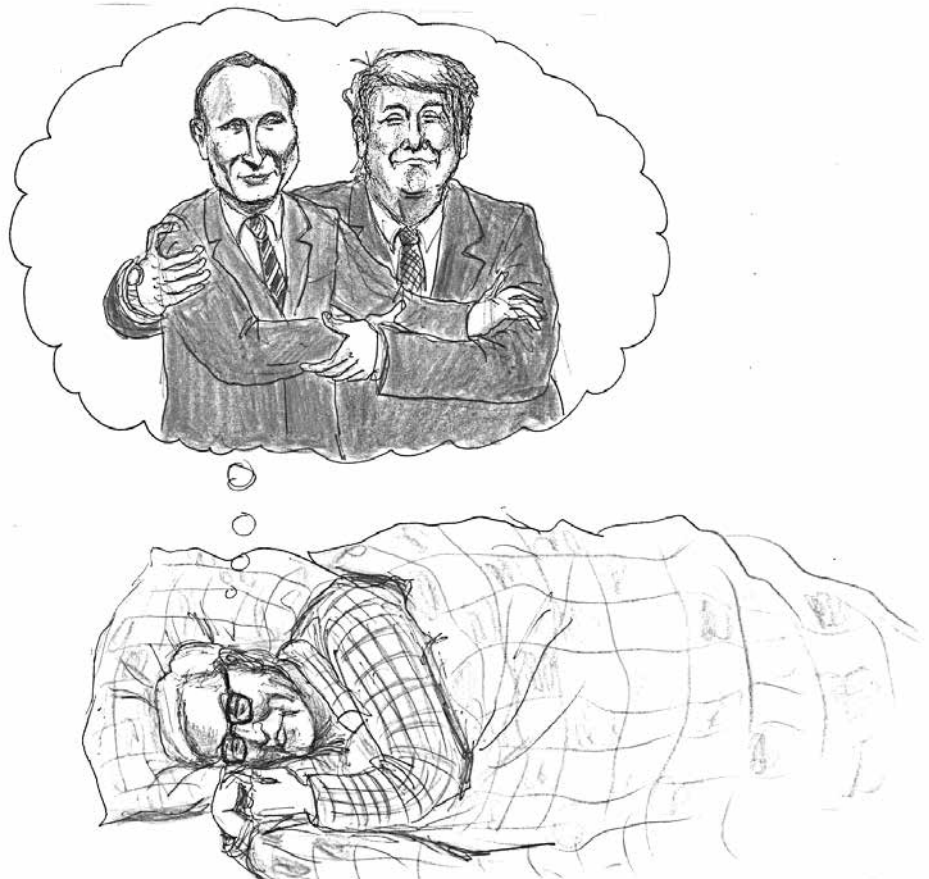
Wir rufen die Deutschen Mitgliedstädte von Mayors for Peace dazu auf, zum Auftakt der Aktionspräsenz, diesen Wunsch an dem Ort deutlich zu machen, wo in Deutschland immer noch Atomwaffen lagern.

Bürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte sollen nach Büchel kommen, um mit einem Abrüstungs-politischen Frühstück und einer Mahnwache am Fliegerhorst gemeinsam mit den Aktiven der Friedensbewegung, die Aktionspräsenz zu starten und ein deutliches Zeichen zu setzen, dass die Bundesregierung sich aktiv an den Verhandlungen beteiligen soll.

Bitte spricht in Euren Wohnorten oder Eurer Nähe Mayors for Peace und die dortigen Stadt- und Gemeinderäte an, in Büchel mit Ortsschild und Fahne Flagge zu zeigen, für das Verbot von Atomwaffen.

**Bitte nutzt den angefügten Rückmeldebogen** →

**TERMIN VORMERKEN: AKTIONSTAGUNG  
AM 4.2.2017 IN KÖLN**



# RÜCKMELDEBOGEN

WIR FREUEN UNS AUF EURE UNTERSTÜTZUNG!

**BÜCHEL IST ÜBERALL!**  
*atomwaffenfrei.*  
➔ *jetzt*

Rückantwort per Post, Fax (07171 75661) oder E-Mail (sekretariat@pressehuette.de) an die Pressehütte

## Pressehütte Mutlangen

Forststr. 3  
73557 Mutlangen

### ICH UNTERSTÜTZE DIE KAMPAGNE „BÜCHEL IST ÜBERALL – ATOMWAFFENFREI.JETZT“

- indem ich Unterschriften sammle. Ich bestelle \_\_\_\_\_ Listen
- indem ich Bürgermeister, Abgeordnete, Stadt- und Gemeinderäte in meinem Umfeld für die Auftaktveranstaltung in Büchel mobilisiere. Ich lade folgende Personen ein:

1. \_\_\_\_\_
2. \_\_\_\_\_
3. \_\_\_\_\_
4. \_\_\_\_\_
5. \_\_\_\_\_

- Indem ich selbst nach Büchel komme und ein Ortschild bestelle:

Ort \_\_\_\_\_



### WANDERAUSSTELLUNG „50 STÄDTE – 50 SPUREN: EINE WELT OHNE ATOMWAFFEN

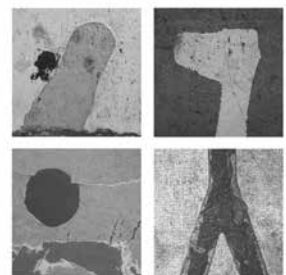
Im Juli 2017 wird mit einer Kick-off-Veranstaltung die Wanderausstellung in Stuttgart vorgestellt. Ein Internationales Workcamp begleitet sie in Stuttgart und fährt zu Aktionen nach Mutlangen und Büchel. Ab 2018 wird die Ausstellung mit begleitenden Aktionen für eine Welt ohne Atomwaffen in verschiedenen Mayors-for-Peace-Städten Station machen.

- ICH WERDE VOR ORT AKTIV**

Indem ich mich dafür einsetze, dass die Wanderausstellung „50 Städte – 50 Spuren: Eine Welt ohne Atomwaffen“ in meiner Stadt gezeigt wird.

Ich bitte um Kontaktaufnahme: Telefon \_\_\_\_\_

**50 STÄDTE**  
**50 SPUREN**



Eine Welt ohne Atomwaffen

### 30 JAHRE INF-VERTAG

- Ich möchte im Spätjahr 2017 in meinem Ort dazu eine Veranstaltung machen und über die Pressehütte einen Referenten einladen.
- Ich spende für die Reiskosten der in Mutlangen geplanten Begegnung für die Gäste aus den USA und Russland.



---

### RÜCKMELDUNG ZU MEINER ADRESSE

Die Angaben stimmen

Folgendes ist zu ändern:

Meine E-Mailadresse kann in den Presseverteiler aufgenommen werden:

---

### ICH MACHE WERBUNG FÜR DEN FREIRAUM

Bitte schickt mir \_\_\_\_\_ Exemplare zum Weiterverteilen.

Bitte schickt Probeexemplare des FreiRaums im kommenden Jahr an (Namen und Adressen)

1.

---

---

---

2.

---

---

---

3.

---

---

---



### UNSER MUT WIRD LANGEM – NICHT NUR IN MUTLANGEN

Die DVD gibt einen Einblick in den gewaltfreien Widerstand der Friedensbewegung.  
(Inklusive Bonusmaterial 57 Minuten)

12,- € zzgl. Versandkosten  
Bestellungen bitte an:  
Pressehütte Mutlangen  
Forststraße 3  
73557 Mutlangen  
post@pressehuette.de

Ich bestelle \_\_\_\_\_ Exemplare des Videos

